

	Verwaltungsgericht Aachen - Terminvorschau Januar 2022 -		
	Adalbertsteinweg 92 52070 Aachen Tel.: 0241 / 9425-0 Fax: 0241 / 9425-83260 Pressedezernent: Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Dirk Hammer Tel.: 0241 / 9425-33261 Vertreter: Richterin Anna-Lena Beckfeld Tel.: 0241 / 9425-33213 Richter David Retzmann Tel.: 0241 / 9425-33237 Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Markus Lehmler Tel.: 0241 / 9425-33208 <p style="text-align: right;">E-Mail: pressestelle@vg-aachen.nrw.de</p>		

Die folgende Zusammenstellung enthält - vorbehaltlich weiterer Ladungen und möglicher Terminaufhebungen - eine Übersicht über ausgewählte öffentliche Verhandlungen des Verwaltungsgerichts Aachen, die im Monat Januar 2022 vorgesehen sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass wegen der anhaltenden Corona-Pandemie derzeit die Zahl der Zuschauerplätze in den Sitzungssälen nach wie vor stark beschränkt ist. Die vorhandenen Plätze werden nach dem Prioritätsprinzip vergeben.

Pressevertreter werden gebeten, sich bei einem Teilnahmewunsch vorher mit der Pressestelle in Verbindung zu setzen.

05.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.026
 Uhrzeit: 10.00 Uhr
 Aktenzeichen: 10 K 428/21
 N. N. ./.. Kreis Heinsberg

Der Kläger wendet sich gegen eine Fahrtenbuchauflage. Er ist der Auffassung, diese sei unverhältnismäßig, da der angeordnete Zeitraum von neun Monaten zu lang sei. Außerdem seien die Gebühren überhöht und auch die Erstreckung auf ein potentielles Ersatzfahrzeug sei unverhältnismäßig, da ein mögliches künftiges Ersatzfahrzeug faktisch nur von seiner Ehefrau genutzt werde.

11.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012
 Uhrzeit: 9.00 Uhr
 Aktenzeichen: 6 K 2592/19
 N. N. ./.. Stadt Aachen

Die Kläger sind Halter eines Amerikanischen Wolfshundes und wehren sich gegen eine Ordnungsverfügung der Stadt Aachen, mit der ihnen aufgegeben wurde, ihren Hund zwecks Untersuchung der Gefährlichkeit beim Veterinäramt vorzustellen und den Hund bis dahin nur noch mit Leine und Maulkorb auszuführen. Hintergrund der angegriffenen Anordnung ist der Vorwurf, der Hund habe einen anderen Hund gebissen.

18.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012

Uhrzeit: 9.00 Uhr

Aktenzeichen: 6 K 1767/21

N. N. ./ Land Nordrhein-Westfalen

Die Beteiligten streiten über die Rechtmäßigkeit einer Sicherstellung zweier Motorräder der Marke Harley Davidson. Die Motorräder befanden sich beim Bruder des Klägers und waren bei einer polizeilichen Durchsuchung nach dem Verbot des Rockerclubs Bandidos MC als Vereinsvermögen sichergestellt worden. Der Kläger ficht die Sicherstellungsverfügung an und begehrt die Herausgabe der Motorräder. Er macht geltend, er sei deren Alleineigentümer und habe mit den Bandidos nichts zu tun.

18.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012

Uhrzeit: 10.00 Uhr

Aktenzeichen: 6 K 2421/18

Stadt Nideggen ./ Kreis Düren

Die Stadt Nideggen greift einen Genehmigungsbescheid des Kreises Düren für den Betrieb von fünf bereits errichteten Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Kreuzau an. Sie trägt u. a. vor, die nahe der Gemeindegrenze errichteten Anlagen seien mit dem Denkmalschutz insbesondere der Burg Nideggen nicht vereinbar. Außerdem werde sie aufgrund der Lärmimmissionen und des Schattenwurfs der Anlagen daran gehindert, in ihrem Flächennutzungsplan vorgesehene Wohngebiete als reine Wohngebiete zu realisieren.

Die erkennende Kammer hatte im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes bereits entschieden, dass der Genehmigungsbescheid Rechte der Stadt Nideggen voraussichtlich nicht verletze (vgl. die Pressemitteilung vom 4. Juni 2020 zum Verfahren 6 L 1399/19). Die von der Stadt Nideggen hiergegen eingelegte Beschwerde wurde vom Oberverwaltungsgericht NRW in diesem Jahr zurückgewiesen (8 B 905/20).

24.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 10.00 Uhr

Aktenzeichen: 10 K 4314/18

N. N. ./.. Stadt Aachen

Der Kläger begehrt die Freigabe des Höfchenswegs in Aachen für den Durchgangsverkehr und in diesem Zusammenhang insbesondere die Entfernung der im Einmündungsbereich Diepenbenden/Höfchensweg aufgestellten Poller. Die Beklagte hält die Klage bereits mangels Rechtsschutzbedürfnisses für unzulässig, da der Höfchensweg schon vor Aufstellung der Poller nur für den Anliegerverkehr freigegeben gewesen sei und der Kläger nicht zum Kreis der Anlieger zähle.

24.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012

Uhrzeit: 10.30 Uhr

Aktenzeichen: 7 K 2608/20

N. N. ./.. Stadt Bad Münstereifel

Die Klägerin ist Betreiberin eines Altenheimkomplexes in der Eifel. Weil sie für mehrere Wohneinheiten einen Leerstand zu verzeichnen hatte, beantragte sie bei der Beklagten einen Erlass der Grundsteuer. Dies wurde abgelehnt. Die Klägerin verfolgt ihr Begehren nunmehr im Klageweg weiter.

25.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012

Uhrzeit: 9.00 Uhr

Aktenzeichen: 6 K 2894/19

N. N. ./.. Land Nordrhein-Westfalen

Die Beteiligten streiten um die Frage, ob der Kläger der sog. „Reichsbürgerszene“ bzw. deren Umfeld zuzuordnen ist. Der Kläger ist bei einem Unternehmen beschäftigt, welches mit dem Rückbau der Forschungsreaktoren in Jülich befasst ist. Für diese berufliche Tätigkeit ist seine „atomrechtliche Zuverlässigkeit“ notwendig. Diese hatte ihm das zuständige Ministerium abgesprochen, weil Anhaltspunkte dafür vorlägen, dass der Kläger zur „Reichsbürgerszene“ bzw. deren Umfeld zähle. Dies bestreitet der Kläger.

25.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 10.00 Uhr

Aktenzeichen: 2 K 1642/20

N. N. ./ Kreis Euskirchen

Die Klägerin wendet sich gegen ihre Heranziehung zu den Kosten einer stationären Leistung der Jugendhilfe. Sie zweifelt u. a. die Geeignetheit und damit die Rechtmäßigkeit der gewährten Leistung (Betreutes Wohnen) an und ist der Ansicht, dass ihr Sohn eine vollstationäre Unterbringung benötigt habe. Darüber hinaus sei sie als Elternteil nicht ausreichend im Hilfeplanprozess beteiligt worden. Es könne von ihr zudem nicht verlangt werden, sich an den entstandenen Kosten zu beteiligen, da dies eine besondere Härte für sie darstelle; ihr Sohn habe sie angegriffen.

27.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 9.00 Uhr

Aktenzeichen: 1 K 2503/18

N. N. ./ Bundesrepublik Deutschland

Der Kläger ist Bundesbeamter und begehrt Schadensersatz wegen unterbliebener Beförderung.

27.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 10.00 Uhr

Aktenzeichen: 1 K 2745/20

N. N. ./ Land Nordrhein-Westfalen

Die Klägerin ist Polizeibeamtin und wendet sich gegen einen aufgrund einer angeblichen Polizeidienstunfähigkeit aus Sicht des beklagten Landes gebotenen Laufbahnwechsel in den allgemeinen Verwaltungsdienst.

27.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 11.00 Uhr

Aktenzeichen: 1 K 1145/21

N. N. ./ Bundesrepublik Deutschland

Der Kläger ist Berufssoldat und begehrt die vorzeitige Entlassung aus dem Dienst der Bundeswehr.

27.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011
Uhrzeit: 13.00 Uhr
Aktenzeichen: 1 K 206/20
N. N. ./ Land Nordrhein-Westfalen

Der Kläger war Beamter des Landes und wendet sich gegen die Entscheidung des Dienstherrn, ihn wegen dauernder Dienstunfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen.

27.01.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012
Uhrzeit: 9.15 Uhr
Aktenzeichen: 8 K 3303/18
N. N. ./ Städteregion Aachen

Verfahren einer kenianischen Staatsangehörigen, gegenüber der die Beklagte festgestellt hat, dass ihre Zustimmungserklärung zur Vaterschaftsanerkennung für ihre beiden Kinder durch einen deutschen Staatsangehörigen rechtsmissbräuchlich ist.

28.01.2022

~~Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.027~~
~~Uhrzeit: 11.00 Uhr~~
~~Aktenzeichen: 6 K 2733/20~~
~~N. N. ./ Land Nordrhein-Westfalen~~

VERLEGT AUF DEN 22.02.2022!

Der Kläger hatte für den 20. Oktober 2020 eine Versammlung unter dem Motto „Aufklärung zum Thema Corona Fakten“ in Aachen angemeldet. Durch Bestätigungsverfügung vom 19. Oktober 2020 erteilte das Polizeipräsidium Aachen dem Kläger u. a. die beschränkende Auflage, dass die Versammlungsteilnehmer und -teilnehmerinnen grundsätzlich einen Mindestabstand von 2 m zueinander und zu Passanten einzuhalten hätten. Hiergegen wendet sich der Kläger mit dem Begehren festzustellen, dass diese Auflage rechtswidrig gewesen ist.